

VSEG-Stellungnahme zu Geschäften der bevorstehenden Mai-Kantonsratssession

Sehr geehrte Damen und Herren

Der VSEG informiert Sie mit dem aktuellen „Standpunkt“ wiederum über seine Empfehlungen zu einzelnen Vorlagen für die Mai-Session. Schwergewichtig stehen die Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern sowie verschiedene zentrale Sozialgeschäfte zur Behandlung an. Dem VSEG ist es wichtig, dass das Parlament – vor allem im Bereich der Sozialgeschäfte – den eingeschlagenen Reformweg mitträgt und ebenfalls unterstützt.

RG 017/2015 Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern (FD)

Der VSEG unterstützt die Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern.

Mit dieser Teilrevision ergibt sich tendenziell eine leichte Steuerertragserhöhung für die Gemeinden. Alleinerziehende mit höheren Einkommen werden zukünftig stärker belastet. In städtischen und urbanen Gebieten dürfte sich dieser Trend noch stärker spürbar machen. Es ist von Seiten des Kantons unabdingbar, dass diese geplanten Änderungen nicht nur dem Steuerpflichtigen sondern primär auch den Gemeinden klar und verständlich erklärt werden. Die Gemeinden werden von den betroffenen Steuerpflichtigen mit der Inkraftsetzung dieser Teilrevision stark konfrontiert werden.

I 011/2015 Interpellation Susan von Sury-Thomas (CVP, Solothurn): Unterstützung des Kantons Solothurn von Betreuungsplätzen in Tagesfamilien (DDI)

Der VSEG unterstützt die regierungsrätliche Antwort.

Grundsätzlich erscheint dem VSEG wie auch dem Kanton ein weiterer Ausbau des Modells Tagesfamilien wichtig und wir sehen darin eine sinnvolle Ergänzung zum Angebot von Kindertagesstätten. Stand heute sind wir der Ansicht, dass der VTSO mittlerweile alle Mittel in der Hand hält, eigenständig weiter zu wachsen und innert nützlicher Frist Versorgungslücken zu schliessen. Wichtig ist jedoch, während der Restdauer der Leistungsvereinbarung eine intensive Kooperation mit den Einwohnergemeinden zu suchen und in allen Regionen neue Familien anzuwerben. Der VSEG stellt sich hier zur Verfügung, den VTSO in ideeller Hinsicht zu unterstützen und die Gemeinden vom sehr guten Angebot zu überzeugen.

A 123/2014 Auftrag Daniel Urech (Grüne, Dornach): Mehrwertabschöpfung: Den Gemeinden eigene Kompetenzen geben (BJD)

Der VSEG empfiehlt, den Auftrag mit dem nachstehenden Wortlaut als erheblich zu erklären.

Der Regierungsrat wird beauftragt, im neuen Planungsausgleichsgesetz für die Gemeinden gegenüber der kantonalen Regelung erweiterte Möglichkeiten zur Abschöpfung von Planungsmehrwerten vorzusehen.

A 171/2014

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Mehr Kostenbewusstsein in der Sozialhilfe (DDI)

Der VSEG empfiehlt, den Auftrag wie vom Regierungsrat vorgeschlagen, erheblich zu erklären.

Die Massnahmenplanung Sozialhilfe ist im festgelegten Rahmen weiter zu verfolgen. Diese erscheint aktuell ausreichend, um die gewollte Dämpfung der Sozialkosten zu erzielen. Die vorhandenen Ressourcen sind auf diese Massnahmenplanung zu konzentrieren, damit eine rasche Umsetzung erfolgen kann. Kostendisziplin ist vor allem durch eine weitere Organisationsentwicklung bei den Sozialregionen, durch das Herstellen von Vergleichbarkeit (Benchmark) unter den Sozialregionen, durch eine Stärkung der Revisions- und Aufsichtsfunktionen sowie durch einen Ausbau von Anreizen auf Basis von § 55 Abs. 7 SG zu fördern bzw. herzustellen. Vor diesem Hintergrund erscheint es zielführender, die Entwicklung eines Bonus-Malus-Systems zurück zu stellen und auf eine Rückkehr zu einem Lastenausgleich mit Selbstbehalt zu verzichten. Die Einführung des Bonus-Malus-Systems wurde im Nachbarkanton Bern eingeführt und erlitt bei der Umsetzung „Schiffbruch“! Der VSEG ist überzeugt, dass mit den nun eingeleiteten Reform- und Kostensenkungsmassnahmen die Hauptziele für eine Entlastung der Gemeinden erreicht werden können und somit der Solidaritätsgedanke unter den Gemeinden wieder gestärkt werden kann.